

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 19/79

Berlin

10. Mai 1979

46. Jahrgang

### Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978

*Mit dieser Untersuchung wird die Berichterstattung des DIW über das Einkommen der privaten Haushalte aus Geldvermögen und aus Wohnungsvermietung aktualisiert und vertieft. Zunächst wird ein Überblick über die Geldvermögensbildung und die Kreditaufnahme sowie über die Bestände an Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte gegeben. Als Erweiterung bisheriger Veröffentlichungen<sup>1</sup> werden sodann Angaben über die Vermögenseinkommen sozialer Gruppen – der Haushalte von Selbständigen, Angestellten, Arbeitern und Rentnern – vorgelegt.*

#### Methodische Bemerkungen

Die Berechnungen gehen wiederum von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes und der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank aus. Die in früheren Veröffentlichungen vorgelegten Ergebnisse wurden mit der revidierten Fassung dieser Gesamtrechnungssysteme<sup>2</sup> abgestimmt. Hilfreich für die Neuberechnungen waren einige in den letzten Jahren vorgelegte Spezialuntersuchungen

– zur Trennung von Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinnen<sup>3</sup>

sowie zum Nachweis

- der Einkommen aus Wohnungsvermietung als Teil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit<sup>4</sup>,
- der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter<sup>5</sup>,
- der Ersparnis und Geldvermögen sozialer Gruppen<sup>6</sup>.

Statistische Informationen lieferten ferner die Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1969 und

1973 sowie laufende Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden vor Steuerabzug dargestellt.

<sup>1</sup> Zuletzt: Die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte 1970 bis 1975. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 17/1976.

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 2, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1976.

Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1977. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4/1978, 3. Auflage.

<sup>3</sup> Frank Dorow: Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 4/1974.

<sup>4</sup> Einkommen aus Wohnungsvermietung 1960 bis 1977. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 4/1974.

<sup>5</sup> Private Organisationen ohne Erwerbscharakter als Teil des Haushaltssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 10/1976.

<sup>6</sup> Ersparnisbildung und Geldvermögen der Haushalte von Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnern. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Nr. 11/1977.

**Ersparnis<sup>1)</sup>, Vermögensübertragungen und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte<sup>2)</sup>**  
in Mrd. DM

Jahr	Ersparnis <sup>1)</sup>	Empfangene <sup>3)</sup> Vermögensübertragungen	Geleistete <sup>4)</sup>	Finanzierungssaldo		
				Geldvermögens- bildung	Kredit- aufnahme	insgesamt
1970	58,4	8,2	12,7	58,2	4,3	53,9
1971	63,6	11,1	15,1	66,7	7,1	59,6
1972	76,6	12,6	19,1	80,2	10,1	70,1
1973	80,2	12,7	20,3	77,7	5,1	72,6
1974	92,9	15,9	23,7	85,6	0,4	85,1
1975	104,3	17,5	25,4	103,8	7,4	96,4
1976	97,9	18,5	29,0	101,5	14,1	87,4
1977	96,5	19,1	30,7	99,6	14,7	84,9
1978	103,0	17,6	34,0	103,6	17,0	86,6

1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.- 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 3) Spar- und Wohnungsbauprämien, Arbeitnehmersparzulagen (ab 1971), Kapitalentschädigungen für Kriegs- und Kriegsfolgeschäden, Zunahme der Ansprüche von Arbeitnehmern im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung.- 4) Anlage von Eigenmitteln in der Wohnungswirtschaft (Zuteilung von Bauspareinlagen, soweit für Bauzwecke verwendet, und Tilgung von Bauspardarlehen), Erbschaftsteuer, Beitragsnachentrichtungen an die Rentenversicherung nach dem Rentenreformgesetz von 1972.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/1978; Geldvermögensrechnung des DIW.

**Ersparnis, Vermögensübertragungen und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte**

1978 haben die privaten Haushalte<sup>7</sup> 103 Mrd. DM gespart, das waren 12,7 vH ihres verfügbaren Einkommens. Die Spartätigkeit wurde in den letzten Jahren stärker als früher von der konjunkturellen Entwicklung geprägt. So flossen 1975 – als die Arbeitnehmer die Lage am Arbeitsmarkt als besonders unsicher beurteilten – 15,3 vH des verfügbaren Einkommens in die private Ersparnis. Mit der verbesserten Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Folgejahren ist dann die Ersparnis nicht nur relativ, sondern auch absolut – von 1975 bis 1977 um 8 Mrd. DM – zurückgegangen. Ausgewirkt hat sich dabei auch, daß die Bindungsfrist für zahlreiche prämiens- und vermögenswirksam angelegte Sparguthaben ablief und die frei gewordenen Mittel oft nicht wieder angelegt wurden, sondern in den Konsum flossen. 1978 wurden erheblich weniger dieser Guthaben frei als 1977, und die Ersparnis der privaten Haushalte lag über ihrem Vorjahresstand.

Neben der Ersparnis beeinflussen auch solche Leistungsströme die Vermögensbildung der privaten Haushalte, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als Einkommensbestandteile gelten und daher auch nicht in der laufenden Rechnung erscheinen (Vermögensübertragungen). Zu den von privaten Haushalten empfangenen Übertragungen dieser Art zählen Spar- und Wohnungsbauprämien, Arbeitnehmersparzulagen, Kapitalentschädigungen für Kriegsschäden, aber auch „unterstellte“ Vermö-

gensübertragungen, die die Zunahme von Ansprüchen privater Haushalte an betriebliche Pensionsfonds auf spätere Zahlung von Alters- und Hinterbliebenenversorgung berücksichtigen<sup>8</sup>. Vom Staat erhielten die privaten Haushalte 1978 Vermögensübertragungen in Höhe von 8,2 Mrd. DM, die Ansprüche auf betriebliche Ruhegeldzahlungen nahmen um 9,3 Mrd. DM zu.

Die von privaten Haushalten geleisteten Vermögensübertragungen sind fast ausschließlich fiktiver Natur. Da nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die gesamte Wohnungswirtschaft zum Unternehmensbereich zählt, werden die über Bausparkassen geleiteten Mittel für die Eigenheimfinanzierung<sup>9</sup> – Auszahlungen von Bausparguthaben und Tilgungen von Bauspardarlehen – als

<sup>7</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Im laufenden Programm der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung gibt es keine getrennten Angaben für private Haushalte und für Organisationen, Verbände, Parteien, Vereine usw.

<sup>8</sup> Abweichend von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßt die Deutsche Bundesbank in ihrer gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung die Zunahme von Ansprüchen aus der betrieblichen Altersversorgung als Teil der laufenden privaten Ersparnis.

Ansprüche gegen die gesetzliche Rentenversicherung bleiben grundsätzlich außer Ansatz, da sie in ihrer Höhe nicht festliegen und im Zuge des Umlageverfahrens keine Rückstellungen gebildet werden.

<sup>9</sup> Die nicht über Bausparkassen fließenden Eigenmittel privater Haushalte für den Wohnungsbau werden mangels statistischer Informationen nicht erfaßt.

**Geldvermögensbildung der privaten Haushalte<sup>1)</sup>**

in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Spar- briefe <sup>2)</sup>	Sonstige Geldanlage b. Banken <sup>3)</sup>	Geldanlage bei		Erwerb von Wertpapieren				Sonstige Forde- rungen <sup>4)</sup>	Insgesamt
				Bau- sparkassen	Versiche- rungen	Festverz. Wertpapiere	Aktien	Geldmarkt- papiere	insgesamt		
1970	21,2	1,5	7,0	5,4	7,8	10,2	1,4	-	11,6	3,7	58,2
1971	28,0	2,0	9,1	5,4	10,2	7,7	0,9	-	8,6	3,4	66,7
1972	31,7	3,5	11,8	7,0	11,9	10,5	-0,4	-	10,1	4,2	80,2
1973	15,7	5,3	17,9	8,5	12,9	10,6	1,5	0,4	12,5	4,9	77,7
1974	31,9	4,9	12,3	5,7	13,9	9,3	0,2	0,2	9,7	7,1	85,6
1975	65,9	8,7	-9,4	6,9	15,3	8,6	1,6	-0,3	9,9	6,5	103,8
1976	35,0	10,0	5,7	6,6	17,0	18,9	-0,0	0,7	19,6	7,6	101,5
1977	27,7	13,1	14,1	6,6	18,8	11,4	1,2	0,2	12,8	6,5	99,6
1978	29,8	10,0	15,8	7,2	20,9	10,9	1,9	0,6	13,4	6,5	103,6

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 2) Einschließlich Inhabersparschuldverschreibungen.-  
3) Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder (ab 1973 einschließlich Bundesbankschätze bzw. Finanzierungsschätze des Bundes).-  
4) Ansprüche gegen betriebliche Pensionsfonds und sonstige Forderungen.

Quellen: Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1977, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, 3. Auflage, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/1978; Geldvermögensrechnung des DIW.

unterstellte Übertragungen der privaten Haushalte an Unternehmen verbucht (1978: 31,7 Mrd. DM). Die Vermögensübertragungen der privaten Haushalte an den Staat sind zahlenmäßig von geringer Bedeutung; zu ihnen rechnen Erbschaftsteuern (1978: 0,9 Mrd. DM) und Beitragsnachentrichtungen an die Rentenversicherung (1978: 1,1 Mrd. DM). Die spezielle Verbuchung der Eigenmittel für den Wohnungsbau bringt es mit sich, daß die privaten Haushalte stets höhere Vermögensübertragungen leisten als empfangen, so daß ihr „Finanzierungssaldo“ (1978: 86,6 Mrd. DM) jeweils deutlich geringer ausfällt als ihre Ersparnis.

**Geldvermögensbildung und -bestände der privaten Haushalte**

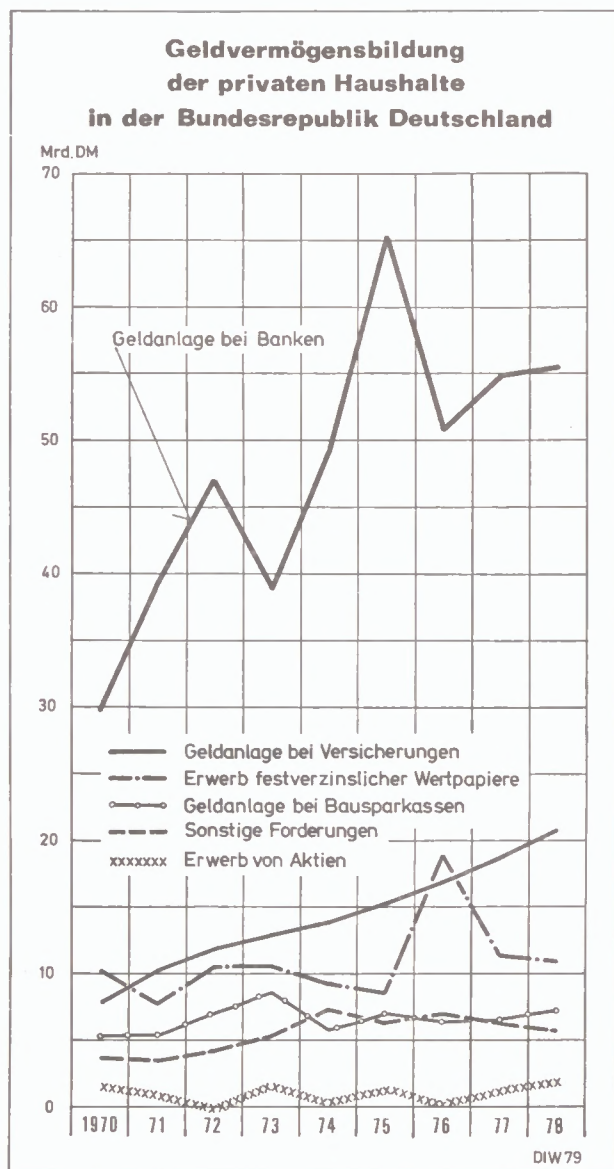
Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte betrug im vergangenen Jahr 103,6 Mrd. DM; sie hat damit den bisherigen Höchststand von 1975 fast wieder erreicht. Der größte Teil des neu gebildeten Geldvermögens fließt auf Sparkonten bei Sparkassen, Banken und Postsparkassen.

Spareinlagen werden im Vergleich zu anderen Anlageformen niedrig verzinst. Von 1971 bis zur Mitte des vergangenen Jahres haben Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist nicht einmal eine „Realverzinsung“ erbracht, weil der jährliche Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung — zeitweise nicht unerheblich — höher war als der Spareckzins. Für Kontensparer steht aber offensichtlich weniger der Renditeaspekt im Vordergrund der Dispositionen, sondern vielmehr das Interesse von Erst- und Kleinsparern an einer sicheren und zugleich ein-

fachen Anlageform. Hinzu kommt der Wunsch von Konsumsparern, ohne längere Bindungsfrist für größere Anschaffungen oder Reisen „ansparen“ zu können, vor allem aber das Ziel von Vorsorgesparern, in wirtschaftlichen Notfällen schnell über Rücklagen verfügen zu können: 1975 — als die bereits erwähnte Furcht vor Arbeitslosigkeit um sich griff — flossen fast zwei Drittel der Geldanlagen privater Haushalte auf Sparkonten. Inzwischen hat sich das Kontensparen wieder auf knapp ein Drittel der Geldvermögensbildung „normalisiert“.

Stark zunehmender Beliebtheit privater Anleger begegnete in der Berichtszeit der Sparbrief — eine Anlageform zwischen Konten- und Wertpapiersparen, die es sowohl mit laufender Zinsauszahlung als auch mit einer Ansammlung der Zinsen bis zum Ende der Laufzeit gibt. Sparbriefe werden vor allem von Haushalten erworben, deren Guthaben auf Sparkonten die Höhe eines „Notgroschens“ überschreitet und die dann eine zinsgünstigere Anlage ohne Kursrisiko suchen. 1978 entfielen knapp 10 vH der Geldvermögensbildung privater Haushalte auf den Kauf von Sparbriefen, fast ebenso viel wie auf den Erwerb festverzinslicher Wertpapiere.

Unter den sonstigen Geldanlagen privater Haushalte bei Banken hatten 1973 vorübergehend Termingelder an Bedeutung gewonnen, als die Zinssätze für kurzfristiges Geld die für längerfristige Anlagen übertrafen. Damals wurden erhebliche finanzielle Mittel aus dem Unternehmensbereich dem Geldvermögen der privaten Haushalte zugeführt, denn bei rückläufiger Investitionstätigkeit war der Finanzierungsbedarf in den Betrieben geringer geworden; zahlreiche Selbständige suchten sich



deshalb Anlagemöglichkeiten außerhalb ihrer Unternehmen<sup>10</sup>. Auch 1978 haben die privaten Haushalte einen nicht unerheblichen Teil ihrer Ersparnis in liquider Form (Sichteinlagen und Termingeld) gehalten, diesmal in Erwartung steigender Kapitalmarktzinsen, die es nahelegte, einen günstigen Dispositionszeitpunkt für andere Anlagemöglichkeiten abzuwarten.

Die Bauspartätigkeit der privaten Haushalte ist durch den Abbau staatlicher Förderungsmaßnahmen im Jahr 1975 – die Einführung von Einkommensgrenzen für die Bausparförderung und die Senkung der Bausparprämien – nicht auffällig tangiert worden. Weiterhin wurden Jahr für Jahr 6 Mrd. bis 7 Mrd. DM auf Bausparkonten eingezahlt. Die Möglichkeit, mit Hilfe zinsgünstiger Bauspardarlehen Wohnungseigentum zu erwerben, ist nach wie vor

attraktiv, auch wenn für zahlreiche Bausparer nun die staatliche Förderung entfallen ist und in den meisten Fällen eine langfristige Verschuldung in beträchtlicher Höhe eingegangen werden muß. In zunehmendem Maße werden Bausparverträge auch zur Finanzierung von Altbaumodernisierungs- und Energieeinsparungsmaßnahmen abgeschlossen, die durch staatliche Zuschüsse oder Steuervorteile begünstigt werden.

Bei Versicherungen<sup>11</sup> legten die privaten Haushalte 1978 fast 21 Mrd. DM an. Der größte Teil dieses Betrages wurde auf Lebensversicherungsverträge eingezahlt, die für alle Schichten der Bevölkerung eine – zumeist zusätzliche – materielle Sicherung für den Todesfall des Ernährers bedeuten. Für Selbständige ist die Lebensversicherung von jeher die wichtigste Form der Altersvorsorge; Arbeitnehmern mit höherem Einkommen garantiert diese Anlageform, nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben den gewohnten Lebensstandard beibehalten zu können. Zu diesem Zweck werden verstärkt „dynamische“ Versicherungen abgeschlossen, bei denen die Prämienzahlungen – ähnlich wie die Höchstbeiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung – und damit auch die spätere Auszahlungssumme automatisch der allgemeinen Einkommensentwicklung folgen.

In festverzinslichen Wertpapieren haben die privaten Haushalte in der Berichtszeit jährlich 10 bis 11 Mrd. DM angelegt. Nur die Rentenkäufe des Jahres 1976 in Höhe von 19 Mrd. DM fielen aus dem Rahmen; damals wurde ein großer Teil des Spareinlagenbestandes, der wie erwähnt im Jahr zuvor exorbitant gestiegen war, in diese Geldanlageform umgeleitet. Zunehmender Beliebtheit erfreuten sich Investmentfonds, die mit Rentenwerten bestückt sind. In den letzten Jahren waren auch Bundesschatzbriefe, die es ebenso wie Sparbriefe mit jährlicher Zinsauszahlung oder mit Zinsansammlung gibt, recht begehrt, weil ihre Verzinsung den sinkenden Renditen festverzinslicher Wertpapiere mit einer Verzögerung folgte. Die Nachfrage nach Bundesschatzbriefen war indes deutlich geringer als die nach Sparbriefen.

Aktien haben für private Geldanleger nach wie vor geringe Bedeutung. 1978 haben die privaten Haushalte Aktien im Wert von knapp 2 Mrd. DM gekauft.

<sup>10</sup> Vgl. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit in den Wirtschaftshauptbereichen 1970 bis 1974. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 9/1976.

<sup>11</sup> Als Versicherungen gelten hier Unternehmen, die kalkulierbare Risiken gegen vertraglich vereinbarte Prämien übernehmen und dabei versicherungstechnische Rückstellungen bilden (private und öffentlich-rechtliche Lebens-, Schadens-, Kranken- und Rückversicherungsunternehmen, rechtlich selbständige Pensions- und Sterbekassen und berufsständische Versorgungswerke der Selbständigen).

### Geldvermögen der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Spar- briefe <sup>2)</sup>	Sonstige Geldanlage b. Banken <sup>3)</sup>	Geldanlage bei		Geldanlage in Wertpapieren				Sonstige Forderungen <sup>5)</sup>	Insgesamt
				Bau- sparkassen	Versiche- rungen	Festverz. 4) Wertpapiere	Aktien <sup>4)</sup>	Geldmarkt- papiere	insgesamt		
1970	205,0	5,0	60,0	39,6	78,5	41,7	53,5	-	95,2	32,5	515,8
1971	233,0	7,0	69,0	45,0	88,8	49,3	56,9	-	106,2	36,0	585,0
1972	264,7	10,5	80,8	52,1	100,4	57,9	59,2	-	117,1	40,2	665,8
1973	280,3	15,8	98,8	60,9	113,3	66,4	57,7	0,4	124,5	45,1	738,7
1974	312,2	20,7	110,9	66,6	125,6	78,0	56,2	0,7	134,9	52,2	823,1
1975	378,2	29,3	101,7	73,5	142,1	90,5	65,5	0,3	156,3	58,7	939,8
1976	413,1	39,3	107,3	80,1	159,0	114,9	62,2	1,0	178,1	66,3	1 043,2
1977	440,8	52,4	121,4	86,7	177,8	134,8	66,7	1,2	202,7	72,8	1 154,6
1978	470,6	62,4	137,2	93,9	198,7	147,5	76,4	1,8	225,7	79,3	1 267,8

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 2) Einschließlich Inhabersparschuldverschreibungen.-  
3) Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder (ab 1973 einschließlich Bundesbankschätze bzw. Finanzierungsschätze des Bundes).-  
4) Bewertung zu Tageskursen.- 5) Ansprüche gegen betriebliche Pensionsfonds und sonstige Forderungen.

Quellen: Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1977, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, 3. Auflage, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/1978; Geldvermögensrechnung des DIW.

Die Ansprüche von Arbeitnehmern an betriebliche Pensionsfonds auf spätere Rentenzahlungen sind seit 1974 von Jahr zu Jahr kräftig gestiegen. Damals wurde die betriebliche Altersversorgung gesetzlich neu geregelt; seitdem verfallen Ruhegeldzusagen von Unternehmen an ihre Beschäftigten nicht mehr, wenn das Arbeitsverhältnis vor Eintritt des Versorgungsfalles endet, und die Ansprüche sind im Konkursfall besonders geschützt. 1978 hatten zwei Drittel aller Arbeitnehmer einen durch Tarif oder Betriebsvereinbarung gesicherten Anspruch auf eine zusätzliche Altersversorgung.

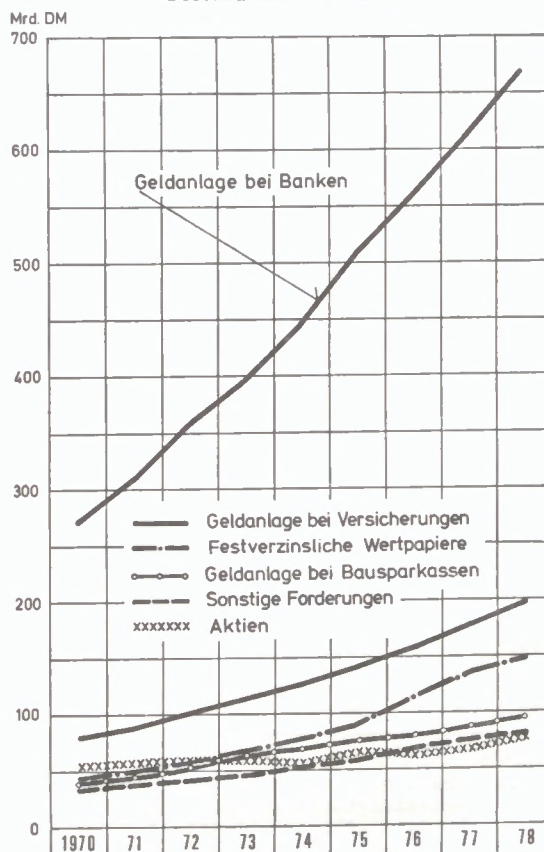
Der kumulierte Geldvermögensbestand der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland hat am Ende des vergangenen Jahres nahezu 1 268 Mrd. DM erreicht<sup>12)</sup>. Im Durchschnitt entfiel auf den Haushalt ein Geldvermögen von 55 000 DM. Seit 1970 hat sich der Vermögensbestand mehr als verdoppelt; damals war jedem Haushalt durchschnittlich ein Geldvermögen von rund 24 000 DM zuzurechnen.

Veränderungen in der Zusammensetzung des Vermögensbestandes haben sich aus den beschriebenen Tendenzen der Geldvermögensanlage ergeben. Nach wie vor wird mehr als die Hälfte des Geldvermögens privater Haushalte bei Banken und Sparkassen gehalten, allein rund zwei Fünftel auf Sparkonten.

<sup>12)</sup> Dabei sind die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien zu Tageskursen bewertet worden.

### Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

Bestand am Jahresende



DIW 79

**Kreditaufnahme der privaten Haushalte<sup>1)</sup>**  
in Mrd. DM

Jahr	Kurzfristige Bankkredite	Längerfristige	Darlehen der Versicherungen	Sonstige Ver- bindlichkeiten	Insgesamt
1970	1,1	2,8	0,3	0,1	4,3
1971	3,0	3,5	0,4	0,2	7,1
1972	4,4	4,8	0,6	0,3	10,1
1973	1,2	3,0	0,7	0,2	5,1
1974	-0,4	0,6	0,4	-0,2	0,4
1975	0,9	6,1	0,1	0,3	7,4
1976	3,0	10,6	0,2	0,3	14,1
1977	3,7	10,4	0,2	0,4	14,7
1978	3,4	13,4	0,3	-0,1	17,0

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Quellen: Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1977, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, 3. Auflage, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/1978; Geldvermögensrechnung des DIW.

**Kreditaufnahme, Verpflichtungen und  
Nettogeldvermögen der privaten Haushalte**

Der jährlichen Geldvermögensbildung privater Haushalte steht die Aufnahme von Konsumentenkredit<sup>13</sup> gegenüber. In ihrer Neuverschuldung haben sich die Haushalte außerordentlich konjunkturabhängig verhalten: 1974 fiel die Kreditaufnahme erheblich geringer aus als im Vorjahr, die Bestände an kurzfristigen Krediten wurden sogar abgebaut. 1976 und 1977 dagegen sind die privaten Haushalte neue finanzielle Verpflichtungen in Höhe

von jeweils 14 Mrd. DM, 1978 sogar in Höhe von 17 Mrd. DM eingegangen.

Die kumulierten Verbindlichkeiten der privaten Haushalte betragen 1978 knapp 108 Mrd. DM; je Haushalt entspricht dies einem Schuldenstand von 4 600 DM. Drei Fünftel der Verpflichtungen waren Bankkredite mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, nicht ganz drei Zehntel kurzfristige

<sup>13</sup> Ohne Kredite für den Wohnungsbau, die im Unternehmensbereich verbucht werden.

**Verbindlichkeiten der privaten Haushalte<sup>1)</sup>**  
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Kurzfristige Bankkredite	Längerfristige	Darlehen der Versicherungen	Sonstige Ver- bindlichkeiten	Insgesamt
1970	10,7	16,6	1,7	2,8	31,8
1971	13,7	20,1	2,5	2,9	39,2
1972	18,1	24,9	3,3	3,2	49,5
1973	19,2	27,9	3,9	3,5	54,5
1974	18,9	28,4	4,8	3,2	55,3
1975	19,8	34,4	4,6	3,5	62,3
1976	22,6	45,0	4,6	3,8	76,0
1977	26,3	55,4	4,8	4,2	90,7
1978	29,7	68,8	5,1	4,1	107,7

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Quellen: Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1977, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, 3. Auflage, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/1978; Geldvermögensrechnung des DIW.

### Nettogeldvermögen der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Kurzfristiges Geldvermögen <sup>2)</sup>	Längerfristiges Geldvermögen <sup>2)</sup>	Kurzfristige Verbindlichkeiten	Längerfristige Verbindlichkeiten	Kurzfristiges Nettogeldvermögen <sup>2)</sup>	Längerfristiges Nettogeldvermögen <sup>2)</sup>	Insgesamt
1970	58,5	457,3	10,7	21,1	47,8	436,2	484,0
1971	67,3	517,7	13,7	25,5	53,6	492,2	545,8
1972	78,9	586,9	18,1	31,4	60,8	555,5	616,3
1973	96,9	641,8	19,2	35,3	77,7	606,5	684,2
1974	109,2	713,9	18,9	36,4	90,3	677,5	767,8
1975	99,3	840,5	19,8	42,5	79,5	798,0	877,5
1976	104,8	938,4	22,6	53,4	82,2	885,0	967,2
1977	119,0	1 035,6	26,3	64,4	92,7	971,2	1 063,9
1978	130,8	1 137,0	29,7	78,0	101,1	1 059,0	1 160,1

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 2) Bei Bewertung von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien zu Tageskursen.

Quellen: Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1977, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, 3. Auflage, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/1978; Geldvermögensrechnung des DIW.

Bankkredite. Die Summe der Verbindlichkeiten war 1978 reichlich dreimal so hoch wie 1970.

Das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte belief sich Ende 1978 auf 1 160 Mrd. DM. Im Durchschnitt der Haushalte errechnet sich ein Betrag von rund 50 000 DM, gegenüber 22 000 DM im Jahr 1970. Neun Zehntel des Nettogeldvermögens waren längerfristig<sup>14</sup> angelegt.

#### Einkommen der privaten Haushalte aus Geldvermögen

Aus ihrem Geldvermögensbesitz sind den privaten Haushalten 1978 Einkommen in Höhe von 55 Mrd. DM zugeflossen, mehr als doppelt so viel wie 1970. Seit Mitte der siebziger Jahre haben sich die Vermögenseinkommen indes schwächer erhöht als vorher, denn die Zinsgutschriften auf Spareinlagen, die einen wesentlichen Teil der privaten Vermögenseinkommen darstellen (1978: 25 vH), waren wegen des sinkenden Zinsniveaus seit 1975 jeweils niedriger als im Jahr zuvor. 1974, als Anlagen auf Sparkonten bis zu 9 % p. a. erbrachten, betrug diese Zinsgutschriften mehr als 18 Mrd. DM. Vier Jahre später wurden Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist nur noch mit 2,5 bis 3 %, längerfristige Spareinlagen mit höchstens 5 % p. a. verzinst, und 1978 wurden den privaten Haushalten auf einen um 50 vH höheren Spareinlagenbestand als 1974 „lediglich“ 14 Mrd. DM an Zinsen gutgeschrieben.

Aus Bausparguthaben erzielten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr Zinsen in Höhe von 2,6 Mrd. DM. Die vergleichsweise niedrige Rendite der Bauspareinlagen wurde unter bestimmten Vor-

aussetzungen durch staatliche Wohnungsbauprämien aufgestockt, die bereits als Vermögensübertragungen an private Haushalte genannt wurden.

Zinsen auf Versicherungen werden normalerweise während der Laufzeit eines Versicherungsvertrages kumuliert und bei Fristablauf zusammen mit der Versicherungssumme ausgezahlt. Eine periodengerechte Verteilung der Zinsgutschriften wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen. Für 1978 waren den privaten Haushalten auf ihre bei Versicherungen angesammelten Guthaben 12 Mrd. DM an Zinsen zuzurechnen.

Fast 10 Mrd. DM erzielten die Haushalte 1978 aus ihrem Besitz an festverzinslichen Wertpapieren; diese Ertragssparte expandierte stärker als alle übrigen Vermögenseinkommensarten. Die sonstigen Geldanlagen bei Banken (Sparbriefe, Termingelder, Geldmarktpapiere usw.) erbrachten 1978 Zinsen in Höhe von 12,5 Mrd. DM<sup>15</sup>.

An Ausschüttungen von Gewinnanteilen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit<sup>16</sup> erhielten

<sup>14</sup> Einschließlich Spareinlagen.

<sup>15</sup> Dieser Posten enthält auch Gebühren für Patente und Urheberrechte, Zinsen für verpachtetes Land, Konzessionsgebühren für die Ausbeutung von Bodenschätzen u. ä., die mangels statistischer Informationen nicht gesondert dargestellt werden können, nach Ansicht der amtlichen Statistik allerdings größtenteils nicht ins Gewicht fallen.

Vgl. Frank Dorow: Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972, a.a.O., S. 253.

<sup>16</sup> Auch einen Teil der Entnahmen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, nämlich die Verzinsung des Eigenkapitals, könnte man entsprechend als Vermögenseinkommen der privaten Haushalte behandeln; in den hier vorgelegten Berechnungen ist ein Ansatz dafür nicht enthalten.

**Bruttoeinkommen der privaten Haushalte<sup>1)</sup> aus Geldvermögen**  
in Mrd. DM

Jahr	Empfangene Einkommen aus Geldvermögen						Zinsen auf Konsumentenschulden	Einkommen aus Geldvermögen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden	
	Spar-einlagen	Zinsgutschriften auf Bauspar-einlagen	Versicherun-gen	festverzinsl. Wertpapiere	Sonstige Zinsen	Ausschüttungen d. Unternehmen mit eigener Rechtspersön-lichkeit 2)			insgesamt
1970	10,1	1,0	4,0	2,6	2,5	2,8	23,0	3,7	19,3
1971	11,0	1,2	4,5	3,3	3,1	3,0	26,1	4,3	21,8
1972	11,6	1,3	5,3	4,1	4,2	2,4	28,9	4,8	24,1
1973	15,3	1,6	6,1	5,0	5,8	2,4	36,2	6,7	29,5
1974	18,2	1,8	7,1	6,2	4,1	2,4	39,8	7,6	32,2
1975	16,9	2,0	8,6	7,1	4,5	2,2	41,3	7,0	34,3
1976	16,3	2,2	9,8	8,2	6,0	2,2	44,7	7,1	37,6
1977	15,4	2,4	11,2	9,2	8,5	3,5	50,2	7,7	42,5
1978	14,0	2,6	12,3	9,9	12,5	3,9	55,2	8,6	46,6

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 2) Dividenden der Aktiengesellschaften und Auszahlungen von Gewinnanteilen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der Genossenschaften und der bergrechtlichen Gewerkschaften.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977 und 1978 Vorbericht; Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

die privaten Haushalte von 1970 bis 1976 jährlich 2 bis 3 Mrd. DM. Seit der Körperschaftsteuerreform ist in der nun höheren Summe der Ausschüttungen (1978: 3,9 Mrd. DM) die Steuer enthalten, die mit der Einkommensteuerschuld des Aktionärs verrechnet wird, so daß Dividenden letztlich mit dem persönlichen Steuersatz des Anteilseigners belastet werden.

Den von privaten Haushalten empfangenen Einkommen aus Geldvermögen stehen die geleisteten Zinsen auf Konsumentenschulden gegenüber, die im vergangenen Jahr 8,6 Mrd. DM betragen. Per Saldo hatten die Haushalte 1978 Geldvermögenseinkünfte in Höhe von 46,6 Mrd. DM. Dieses Vermögenseinkommen entsprach mehr als zwei Fünfteln des Geldvermögens, das die privaten Haushalte im gleichen Zeitraum neu gebildet haben.

Zwar sind die jährlich erzielten Vermögenserträge sicherlich nicht in ihrer Gesamtheit gespart, sondern teilweise auch für Zwecke des privaten Verbrauchs verwendet worden. Der überwiegende Teil der Zinsgutschriften und der Wertpapiererträge ist aber wohl doch auf Sparkonten belassen oder anderweitig angelegt worden, so daß die Geldvermögensbildung zu einem nicht unerheblichen Teil aus nicht-verbrauchten Vermögenseinkommen finanziert worden ist.

**Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung**

Außer den Erträgen aus Geldvermögen erzielen die privaten Haushalte Einkommen aus Wohnungs-

vermietung. Als solche werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht nur tatsächlich empfangene Einkünfte erfaßt, sondern es werden auch unterstellte Beträge für die Nutzung von Eigentümerwohnungen berücksichtigt; auf diese Weise werden Einkommen und Verbrauch von Wohnungseigentümern und Mietern vergleichbar dargestellt. Die unterstellten Mietwerte haben durchaus zahlenmäßiges Gewicht: In Eigentümerwohnungen leben nahezu zwei Fünftel aller privaten Haushalte, und die Summe der ihrem Einkommen zugerechneten Nettomieten ist etwa ebenso hoch wie die Ausgaben der Mieterhaushalte für die Wohnungsnutzung<sup>17</sup>.

Die Bewertung der Einkommen aus Wohnungsvermietung hängt davon ab, ob man diese in einzel- oder in gesamtwirtschaftlicher Sicht betrachtet. Das ergibt sich daraus, daß „häufig private Haushalte Mittel aus Wohnungsvermietung in Form von Entnahmen verbrauchen, die ganz oder teilweise Abschreibungen darstellen. Das bedeutet, daß gesamtwirtschaftlich unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung erforderliche Abschreibungen einzelwirtschaftlich nicht zur Reinvestition, sondern für den privaten Verbrauch verwendet werden“<sup>18</sup>. Der Zurechnung auf soziale Gruppen legt das Statistische Bundesamt das Einkommen zuzüglich der Abschreibungen auf Wohngebäude zu Wiederbeschaffungs-

<sup>17</sup> Vgl. Ausgewählte Aufwendungen für den Privaten Verbrauch. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 10/1977.

<sup>18</sup> Einkommen aus Wohnungsvermietung, a.a.O., S. 315.

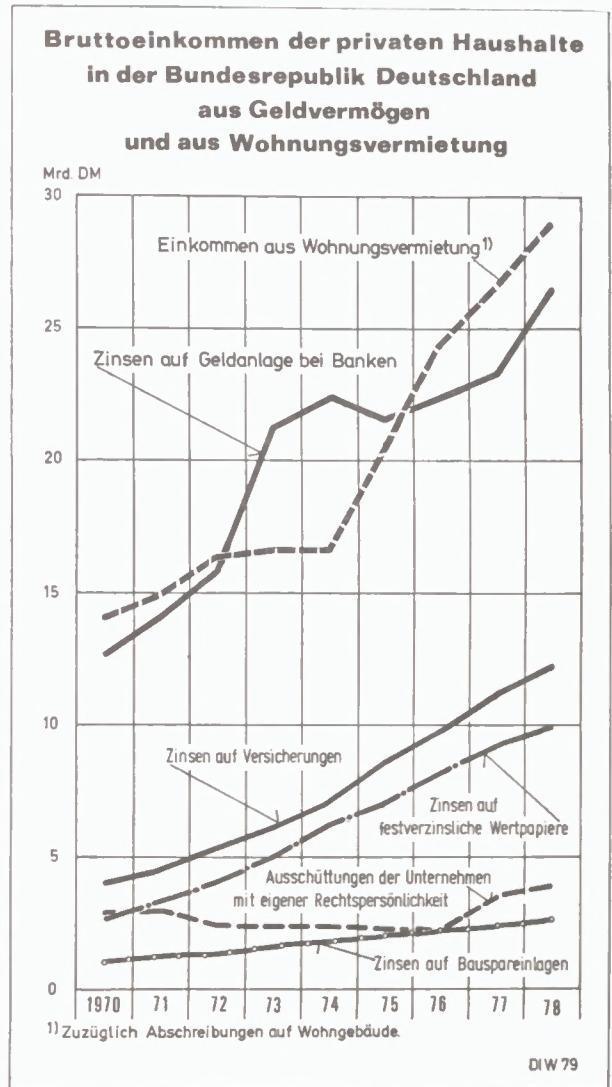
preisen zugrunde. Das DIW schließt sich diesem Vorgehen an.

Für 1978 waren die „echten“ (d. h. die Substanz-erhaltung berücksichtigenden) Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung mit etwa 6 Mrd. DM anzusetzen; die Abschreibungen auf den entsprechenden Wohnungsbestand betragen mit 23 Mrd. DM ein Vielfaches dieses Betrages. Einschließlich der Abschreibungen erreichte das „Einkommen“ aus Wohnungsvermietung in fast allen Jahren der Berichtszeit 60 bis 70 vH der Einkünfte privater Haushalte aus Geldvermögen. In den Jahren 1973 und 1974 allerdings fiel diese Quote geringer aus; denn Kontensparer und Wertpapierbesitzer wurden damals vom hohen Zinsniveau begünstigt, Hypothekenschuldner jedoch stark belastet.

### Vermögenseinkommen sozialer Gruppen

Für Personen in Anstalten (Wohn- und Altersheimen usw.) sowie für private Organisationen ohne Erwerbscharakter (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände u. ä.) sind 1978 jeweils reichlich eine Mrd. DM an Vermögenseinkünften anzusetzen. Die sozialen Gruppen – Haushalte von Selbständigen, Angestellten, Arbeitern und Rentnern – erzielten 1978 also Erträge aus ihrem Geldvermögensbesitz in Höhe von 53 Mrd. DM. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden verblieben 45 Mrd. DM.

Zwischen den sozialen Gruppen gibt es beträchtliche Disparitäten in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Selbständigen-Haushalte haben aufgrund ihrer im Durchschnitt recht günstigen Einkommenssituation eine höhere Sparquote als andere



**Bruttoeinkommen der privaten Haushalte<sup>1)</sup> aus Geldvermögen und aus Wohnungsvermietung**  
in Mrd. DM

Jahr	Einkommen aus Geldvermögen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden	Einkommen aus Wohnungsvermietung		Einkommen aus Vermögen insgesamt	
		nach Abzug von Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen	zuzüglich Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen	nach Abzug von Abschreibungen auf Wohngebäude zu Wiederbeschaffungspreisen	zuzüglich Abschreibungen auf Wohngebäude zu Wiederbeschaffungspreisen
1970	19,3	3,6	14,0	22,9	33,3
1971	21,8	2,8	14,9	24,6	36,7
1972	24,1	2,9	16,4	27,0	40,5
1973	29,5	1,6	16,7	31,1	46,2
1974	32,2	-0,4	16,6	31,8	48,8
1975	34,3	2,7	20,7	37,0	55,0
1976	37,6	5,1	24,4	42,7	62,0
1977	42,5	5,6	26,6	48,1	69,1
1978	46,6	6,1	29,0	52,7	75,6

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977 und 1978 Vorbericht; Einkommen aus Wohnungsvermietung 1960 bis 1977, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1978; Berechnungen des DIW.

Gruppen<sup>19</sup> und sind aus diesem Grunde in der Lage, Geldvermögensbestände anzusammeln, die das durchschnittliche Vermögen der übrigen Gruppen mehrfach übersteigen. Dabei sind diese Bestände vorwiegend in besonders zinsgünstiger Form angelegt und werfen Jahr für Jahr stattliche Erträge ab: Zwei Fünftel aller Vermögenseinkommen, die den hier unterschiedenen sozialen Gruppen jährlich zugeflossen sind, entfielen auf Haushalte von Selbständigen (1978: 18,7 Mrd. DM). Dieser Anteil ist in der Berichtszeit leicht zurückgegangen; dabei hat eine Rolle gespielt, daß die Zahl der Selbständigen gesunken ist.

**Bruttoeinkommen sozialer Gruppen aus Geldvermögen<sup>1)</sup>**

Jahr	Selbstän- digen-	Angestell- ten- 2)	Arbeiter-	Rentner- <sup>3)</sup>	Insgesamt
	Haushalte				
in Mrd. DM					
1970	8,3	4,9	2,4	3,1	18,7
1971	9,3	5,5	2,6	3,6	21,0
1972	10,3	6,0	2,8	4,0	23,1
1973	12,8	7,3	3,2	5,0	28,3
1974	13,9	8,0	3,4	5,7	31,0
1975	14,2	8,6	3,8	6,4	33,0
1976	15,3	9,4	4,2	7,0	35,9
1977	17,2	10,7	4,7	8,1	40,7
1978	18,7	11,9	5,1	9,1	44,8
in DM je Haushalt					
1970	3 625	860	350	440	855
1971	4 105	945	375	495	945
1972	4 610	1 010	410	535	1 025
1973	5 790	1 210	470	650	1 245
1974	6 375	1 315	510	720	1 355
1975	6 620	1 395	590	785	1 440
1976	7 340	1 515	660	845	1 565
1977	8 330	1 720	745	960	1 765
1978	9 145	1 895	810	1 060	1 930

1) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.-  
 2) Einschl. Beamte und Richter.- 3) Einschl. Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.  
 Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Angestellten-Haushalte erhielten 1978 mit 11,9 Mrd. DM reichlich ein Viertel, Arbeiter-Haushalte mit 5,1 Mrd. DM ein Zehntel des Einkommens aus Geldvermögen. An Rentner-Haushalte gingen 1978 Zinserträge von 9,1 Mrd. DM und damit 20 vH der gesamten Vermögenseinkommen. Dieser vergleichsweise hohe Anteil ist damit zu erklären, daß Angehörige dieser Gruppe in der Regel über längere Zeit hinweg Vermögen gebildet haben und dieses oft auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben noch aufstocken.

Zinsen auf Konsumentenschulden werden in erster Linie von Arbeitnehmer-Haushalten gezahlt — knapp die Hälfte von Arbeiter-Haus-

halten (1978: 3,5 Mrd. DM) und ein Drittel von Angestellten-Haushalten (1978: 2,6 Mrd. DM).

In der Durchschnittsbetrachtung zeigt die Verteilung der Geldvermögenseinkommen auf soziale Gruppen eine erhebliche Ungleichheit. Sie ist wesentlich stärker als die Disparität in der Verteilung von Erwerbseinkommen. Die durchschnittlichen Geldvermögenseinkünfte eines Selbständigen-Haushalts im Jahr 1978 waren mit 9 145 DM mehr als siebenmal so hoch wie die der übrigen Gruppen. Angestellten-Haushalten verblieben im vergangenen Jahr nach Abzug der Kreditzinsen durchschnittliche Erträge aus ihrem Geldvermögen in Höhe von 1 895 DM, Arbeiter-Haushalten nur 810 DM. Ein Rentner-Haushalt bezog 1978 im Durchschnitt 1 060 DM an Zinseinkünften — fast ein Drittel mehr, als auf einen Arbeiter-Haushalt entfiel. Diese — teilweise gravierenden — Disparitäten werden durch die Progression des Einkommensteuertarifs gemildert: Nach Steuerabzug verbleibt Selbständigen von ihren Vermögenseinkommen in der Regel ein geringerer Teil als Arbeitnehmern, Rentner allerdings zahlen auf ihre Vermögenseinkünfte oft keine Einkommensteuer.

**Bruttoeinkommen sozialer Gruppen aus Wohnungsvermietung<sup>1)</sup>**

Jahr	Selbstän- digen-	Angestell- ten- 2)	Arbeiter-	Rentner- <sup>3)</sup>	Insgesamt
	Haushalte				
in Mrd. DM					
1970	3,5	3,4	2,5	4,4	13,8
1971	3,7	3,6	2,7	4,7	14,7
1972	3,9	4,1	2,9	5,3	16,2
1973	3,9	4,2	3,0	5,4	16,5
1974	3,8	4,2	2,9	5,5	16,4
1975	4,7	5,4	3,5	6,8	20,4
1976	5,5	6,4	4,1	8,1	24,1
1977	5,9	7,1	4,5	8,8	26,3
1978	6,4	7,8	4,8	9,6	28,6
in DM je Haushalt mit Wohnungseigentum					
1970	2 090	1 645	1 185	2 065	1 730
1971	2 215	1 680	1 245	2 150	1 800
1972	2 340	1 840	1 335	2 360	1 950
1973	2 350	1 830	1 360	2 350	1 950
1974	2 295	1 785	1 325	2 330	1 915
1975	2 855	2 225	1 645	2 805	2 365
1976	3 395	2 580	1 920	3 300	2 775
1977	3 655	2 810	2 100	3 550	3 000
1978	3 965	3 035	2 220	3 830	3 230

1) Zuzüglich Abschreibungen auf Wohngebäude zu Wiederbeschaffungspreisen.- 2) Einschl. Beamte und Richter.-  
 3) Einschl. Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.  
 Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

<sup>19</sup> Vergl. Verbrauch und Ersparnis sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 11/1979.

Die Verteilung des Einkommens aus Wohnungsvermietung auf soziale Gruppen wird durch die sehr unterschiedliche Ausstattung der Haushalte mit Wohnungseigentum beeinflusst:

Über Haus- und Grundbesitz verfügten 1978 etwa  
80 vH der Selbständigen-Haushalte,  
40 vH der Angestellten-Haushalte,  
35 vH der Arbeiter-Haushalte und  
30 vH der Rentner-Haushalte.

Aufgrund ihrer hohen Eigentümerquote sind den Selbständigen-Haushalten im vergangenen Jahr mit 6,4 Mrd. DM mehr als ein Fünftel des Einkommens aus Wohnungsvermietung (zuzüglich der Abschreibungen auf Wohngebäude) zuzurechnen; ihr Anteil an der Gesamtzahl der privaten Haushalte betrug weniger als ein Zehntel. Auf Angestellten-Haushalte entfiel reichlich ein Viertel (7,8 Mrd. DM), auf Arbeiter-Haushalte ein Sechstel (4,8 Mrd. DM), die Gruppe der Rentner-Haushalte erzielte ein Drittel (9,6 Mrd.

DM) des gesamten Einkommens aus Wohnungsvermietung.

Die durchschnittlichen Einkommen aus Wohnungsvermietung beliefen sich — je Haushalt mit Wohnungseigentum gerechnet — 1978 in Selbständigen-Haushalten auf knapp 4 000 DM. Angestellten-Haushalte erhielten reichlich 3 000 DM, Arbeiter-Haushalte 2 200 DM. Rentner-Haushalte lagen mit etwa 3 800 DM im Durchschnitt fast um die Hälfte über Arbeitnehmer-Haushalten und standen hinter Selbständigen-Haushalten nur wenig zurück. Diese günstige Position der Rentner-Haushalte ist damit zu erklären, daß Angehörige dieser Gruppe die finanziellen Verpflichtungen, die mit dem Bau oder Kauf eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung verbunden sind, weitgehend getilgt haben und ihre Nettomieten daher im weitaus geringeren Maße durch Zinsen auf Fremdkapital gemindert werden, als dies bei Haushalten anderer Gruppen der Fall ist.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit Mitte 1976 sind erschienen:

- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von Joachim Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Riecke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990** — Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Hans-Joachim Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von Peter Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von Manfred Rumberger und Eberhard Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von Reiner Stäglin unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung** — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.

Im Druck:

- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chèvalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks †, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978* bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.